

Kristin Carls

Krise und Bewegung in Italien – Die Stille vor dem Sturm?¹

Der Verlauf der Krise in Italien

In der ersten Krisenphase 2008/09 verzeichnete Italien im Vergleich zu den anderen großen Ökonomien der EU den stärksten Rückgang des Wirtschaftswachstums. Das Bruttoinlandsprodukt sank um 6,3 Prozent (Deutschland: 3,8 Prozent).² Wie in anderen europäischen Staaten betraf dieser Rückgang der Wirtschaftsleistung vor allem die Industrie und das Baugewerbe. Besonders starke Einbrüche von mehr als 30 Prozent gab es im Maschinenbau, in der Metallindustrie und bei den Transportmitteln.³

Von Anfang an wirkte sich die Krise deutlich auf die Arbeitsmärkte aus. Aufgrund eines gerade in den größeren Industriebetrieben weit verbreiteten Rückgriffs auf Kurzarbeit ist die Arbeitslosigkeit in Italien zwar knapp unter dem EU-Durchschnitt geblieben. Zwischen 2008 und 2010 stieg sie aber dennoch deutlich, von 6,7 auf 8,4 Prozent. Im Januar 2012 erreichte sie dann 9,2 Prozent.⁴ Doch diese Zahlen berücksichtigen den gleichzeitigen Anstieg der

¹ Der vorliegende Artikel erschien zuerst im April 2012 in: Peter Birke / Max Henninger (Hg.), *Krisen Proteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online*, Berlin / Hamburg 2012, S. 243–268. Für das vorliegende Heft wurde eine Aktualisierung verfasst, die sich am Ende des Textes findet. Dort wird die Entwicklung bis zum Juni 2012 dargestellt.

² Soweit nicht anders vermerkt stammen alle folgenden Daten aus dem Jahresbericht des italienischen Statistikamtes: ISTAT, *Rapporto annuale sulla situazione del Paese nel 2010*, Sintesi, [http://www3.istat.it/dati/catalogo/20110523_00/sintesi_2011.pdf].

³ Über diese unmittelbaren starken Kriseneffekte hinaus ist Italien auch für das gesamte Jahrzehnt von 2001 bis 2010 das EU-Land mit dem geringsten Wirtschaftswachstum: mit einer jährlichen Wachstumsrate von 0,2 Prozent gegenüber einem Durchschnitt von 1,1 Prozent für die Euro-Länder.

Inaktivität nicht. 2010 standen 37,8 Prozent der Bevölkerung im arbeitsaktiven Alter dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, deutlich mehr als im europäischen Durchschnitt (23,3 Prozent).⁵ Unter den Inaktiven hat vor allem die Gruppe derjenigen zugenommen, die arbeitswillig sind, aber keine Arbeit (mehr) suchen. In dieser Grauzone befinden sich mehr als zwei Millionen Personen, etwa genauso viele wie die offiziell Arbeitslosen. Außerdem ist im Verlauf der Krise auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen gestiegen.

In der Tat lassen sich die Arbeitsmarkteffekte der Krise in Italien am deutlichsten an der Entwicklung der Beschäftigungsquote ablesen. 2009 ist die Beschäftigung nach einer 15-jährigen Wachstumsperiode um 1,6 Prozent zurückgegangen, ein Minus von 380.000 Vollzeitarbeitsplätzen. Gleichzeitig sank die Arbeitsproduktivität um 2,9 Prozent. Der Rückgang der Beschäftigung hat sich im weiteren Krisenverlauf fortgesetzt. Insgesamt ist bis einschließlich 2010 das Äquivalent von 532.000 Vollzeitarbeitsplätzen verloren gegangen, mehr als 50 Prozent davon in Süditalien und etwa 43 Prozent im Norden, während Mittelitalien kaum betroffen war. Drei Viertel dieses Rückganges sind in der Industrie zu verzeichnen gewesen. Insgesamt ist die Beschäftigungsquote auf 56,9 Prozent in 2010 gesunken, im Vergleich zu einem EU-Durchschnitt von 64,1 Prozent.⁶

Die Kaufkraft der Lohnabhängigen ist auf der Grundlage des Skizzierten 2009 um etwas mehr als drei und 2010 um weitere 0,6 Prozent gesunken. Gleichzeitig liegt die private Sparquote so niedrig wie seit 1990 nicht mehr. Armut ist ein zunehmendes Problem, nicht zuletzt wegen der nur stark eingeschränkt vorhandenen sozialstaatlichen Absicherung. Fast ein Viertel der italienischen Bevölkerung war 2010 von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.⁷ Junge Arbeiter_innen sind besonders betroffen. Bis 2011 stieg die

⁴ Eurostat LFS, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/data/database].

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Allerdings sind diese Zahlen 2009 und 2010 relativ stabil geblieben, während die Armut in Süditalien deutlich größer ist als im Norden.

Arbeitslosigkeit unter den 18- bis 29-Jährigen auf 28,6 Prozent. Im Januar 2012 erreichte der Anteil über 31 Prozent. Tatsächlich hat das Instrument der Kurzarbeit jungen Beschäftigten kaum geholfen, da es sich fast ausschließlich auf unbefristete Beschäftigungsverhältnisse bezieht. Der Rückgang der befristeten Beschäftigung traf dagegen diese Altersgruppe, in der 2011 über 30 Prozent befristet beschäftigt waren, besonders hart. In der ersten Krisenphase 2008/09 hatten befristete Verträge und selbstständige Beschäftigung den stärksten Rückgang zu verzeichnen, während unbefristete Beschäftigungsverhältnisse kaum abnahmen. Seit 2010 geht allerdings auch die unbefristete Beschäftigung verstärkt zurück (minus 297.000 Vollzeiteneinheiten), während (unfreiwillige) Teilzeitarbeit und befristete Verträge erneut zunehmen.⁸ Also hat die befristete Beschäftigung zunächst als Arbeitsmarktpuffer fungiert, während sich in der zweiten Krisenphase der strukturelle Wandel der Arbeitsmärkte hin zu immer mehr prekärer Beschäftigung verstärkt hat. In dieser Hinsicht spiegelt die italienische Entwicklung einen europaweiten Trend.⁹

Diese schlechte Arbeitsmarktsituation wird aktuell durch die politischen Reaktionen auf die zweite Krisenphase noch verschärft. Als Ende Juli 2011 die Finanzkrise europaweit in Form einer Staatsschuldenkrise in eine zweite Runde ging, erreichten die Zinsen für italienische Staatsanleihen erstmalig Werte über fünf Prozent und der Spread zwischen deutschen und italienischen Papieren einen bis dahin historischen Höchstwert von beinahe 400 Punkten. Medien und Politik strengen sich seitdem an, der Bevölkerung diese beiden Indikatoren als Maßstab für die Krisenbedrohung einzuhämmern. Natürlich ohne dass dabei die enormen Profite erwähnt werden, die

⁸ Für Teilzeitarbeit war das vor allem der Fall im Einzelhandel, im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie in familien- und personenbezogenen Dienstleistungen. Befristete Beschäftigung wuchs besonders in der Industrie sowie ebenfalls im Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe.

⁹ Vgl. Kristin Carls, *Precarisation and the crisis: The growing challenge of transforming precarious into decent work*, [<http://p31.itcilo.org/actrav/dwfpw/reports/Precarisation-and-the-crisis-ACTRAV-report.pdf/view>].

die als Hauptgläubiger auftretenden großen Finanzmarktakteure dank eines solch hohen Zinsniveaus einfahren – zumindest so lange der italienische Staat seine Schulden weiter bedient.¹⁰ Die italienische Staatsverschuldung lag gemessen an der Wirtschaftsleistung des Vorjahres im Juni 2011 bei ebenfalls als bedrohlich dargestellten 122 Prozent des BIP. Allerdings ist dies keinesfalls eine neue Entwicklung. Vielmehr liegen die Staatsschulden bereits seit 1992 über hundert Prozent und erreichten zwischen 1994 und 1996 ebenfalls Werte über 120 Prozent. Es handelt sich aktuell also um keine plötzlich eingetretene Krisensituation, sondern um die Summe von über die Jahre angesammelten Defiziten, die bezogen auf die Wirtschaftsleistung des aktuellen Jahres zunehmen, sofern jährlich auch nur geringfügig neue Schulden gemacht werden.¹¹ Ebenfalls seit den 1990er Jahren haben die italienischen Staatsschulden allerdings vor allem aufgrund steigender Zinsverpflichtungen zugenommen (also zwecks Tilgung alter Schulden), während die Bilanz von Staatsausgaben und -einnahmen vor dem Abzug der Zinszahlungen relativ ausgeglichen war. Der Anstieg der letzten Jahre ist dabei nicht zuletzt auf die krisenbedingt sinkende jährliche Wirtschaftsleistung zurückzuführen. Was die sogenannte Staatsschuldenkrise 2011 zur Explosion gebracht hat war allerdings, wie auch in Irland, Griechenland oder Portugal, ein gezielter spekulativer Angriff auf italienische Staatsanleihen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Deutsche Bank hat Anfang 2011 Anleihen im Wert von etwa sieben Milliarden Euro verkauft und dabei nicht zuletzt auf einen Anstieg der Preise für darauf bezogene CDS-Papiere (Credit Default

¹⁰ Die Zinsen auf italienische Staatsanleihen sind im Laufe des Jahres 2011 von drei auf sieben Prozent gestiegen, während der Spread im November 2011 Höchstwerte von über 500 Punkten erreichte. Für den Staat als Schuldner bedeutet das geschätzte Mehrausgaben von acht bis neun Milliarden Euro, für die Gläubiger entsprechende Einnahmen. Hierbei ist relevant, dass heute 87 Prozent der öffentlichen Schulden in der Hand von Banken und Finanzinstituten sind (zu 55 Prozent im Ausland) – im Gegensatz zu den 1990er Jahren, als noch etwa 50 Prozent von italienischen Familien gehalten wurden. Eine italienische Staatspleite oder auch ein kontrollierter Schuldenschnitt würde also nicht so sehr die kleinen Sparer, sondern vor allem die großen Finanzmarktakteure treffen. Heute handelt es sich bei nur etwa ei-

Swaps, die zur Absicherung von Kreditrisiken abgeschlossen werden) spekuliert, für die sie selbst ein wesentlicher Marktführer ist.¹²

Massive Verschlechterung der Arbeiter_innenrechte

Seit Sommer 2011 reagiert die italienische wie andere europäische Regierungen mit einem rigiden Sparkurs, der aus einem Mix aus erhöhten Verbrauchssteuern und staatlichen Ausgabenkürzungen vor allem im Sozialbereich besteht. Mit den zwei noch von ihr verabschiedeten Sparpaketen des letzten Sommers erhöhte die Berlusconi-Regierung kurz vor ihrem Abtritt die Mehrwertsteuer auf 21 Prozent und strich vor allem das Budget der Kommunen zusammen, die den größten Teil der Sozialleistungen tragen. Zusätzlich wurden in die Finanzpläne still und heimlich wesentliche arbeitsrechtliche Veränderungen eingefügt, die rein gar nichts mit den vorgeblichen Sparzielen zu tun haben. Mittlerweile, unter der Regierung Monti, sind Arbeitsmarktreformen eines der offensiv propagierten Hauptinterventionsfelder. Die Krise wird als Vorwand benutzt, um die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte noch schneller voranzutreiben.

Um die aktuellen arbeitsrechtlichen Reformen besser einordnen zu können, ist es sinnvoll, einen kurzen Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre zu werfen. In Italien wurden bereits seit der zweiten Hälfte der 1990er umfangreiche Flexibilisierungspolitiken durchgesetzt. Wesentliche Gesetzesinitiativen waren das Treu-Paket (1997) und das Biagi-Gesetz (2003), die die Flexibilisierung

dem Viertel der Staatsschulden um das private Sparvermögen der Italiener_innen, direkter Besitz von Staatsanleihen und Pensionsfondsanteile eingeschlossen. Andrea Fumagalli, Prove (conclamate) di dittatura finanziaria, [<http://uninomade.org/prove-conclamate-di-dittatura-finanziaria/>].

¹¹ Vgl. Giorgio Arfaras, Il debito pubblico italiano, quando e chi lo ha formato, [<http://www.linkiesta.it/debito-pubblico-italiano>].

¹² Tatsächlich haben sich in der Folge die Werte der CDS für italienische Staatsanleihen fast verfünffacht. Die Deutsche Bank ist eine von weltweit zehn Banken, die zusammen 90 Prozent des Derivatehandels kontrollieren. Vgl. Fumagalli, Prove (wie Anm. 9).

und Fragmentierung individueller Beschäftigungsverhältnisse verstärkten. So existiert heute neben der unbefristeten abhängigen Beschäftigung ein Wirrwarr von 46 Vertragsformen, durch die Befristung und/oder Scheinselbstständigkeit geregelt werden. In den letzten Jahren fokussierte die Politik demgegenüber vor allem auf die Deregulierung des Kollektivvertragsrechts und die Einschränkung individueller arbeitsrechtlicher Absicherungen, besonders hinsichtlich des Klagerechts. Wesentliche Stationen dieses Prozesses waren seit Sommer 2010 der Austritt von Fiat aus dem bestehenden Branchenarbitravertrag der Metallindustrie, das im November 2010 verabschiedete Gesetz *collegato lavoro*, der Vertrag zwischen nationalen Arbeitgeberverbänden und Dachverbänden der Gewerkschaften vom 28. Juni 2011 und der Artikel 8 des Krisen-Sparpakets der Berlusconi-Regierung vom August 2012.

Im Sommer 2010 kündigte Fiat zunächst für das süditalienische Werk Pomigliano alle unternehmensweit geltenden Kollektivverträge auf und setzte einen deutlich schlechteren Haustarifvertrag für diese Produktionsstätte durch. Letzterer beinhaltet eine teils gesetzeswidrige Verschärfung der Arbeitsbedingungen vor allem in Bezug auf die Arbeits- und Pausenzeiten: längere Schichten, mehr Überstunden, weniger Ruhetage, kürzere Pausen nur am Schichtende und so weiter. Darüber hinaus schränkt er das Streikrecht erheblich ein und verstößt damit sogar gegen die italienische Verfassung. Dessen ungeachtet wurde er von zwei der drei Dachverbände, UIL und CISL,¹³ unterzeichnet und in einem Referendum auch von einer Mehrheit der Beschäftigten angenommen. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass Fiat die Belegschaft mit einer im Falle einer Ablehnung anstehenden Werksschließung erpresst hatte. Unter

¹³ Die CGIL (*Confederazione generale italiana del lavoro*) ist der größte der drei Dachverbände. Sie stand ursprünglich der Kommunistischen Partei nahe und organisierte traditionell vor allem die Industriearbeiter_innen. Die CISL (*Confederazione italiana sindacati dei lavoratori*) war mit der christdemokratischen Partei verbunden und ist im öffentlichen Dienst relativ stark. Die UIL (*Unione italiana del lavoro*) repräsentiert den sozialdemokratischen Gewerkschaftsflügel, ist vor allem im Dienstleistungssektor verankert und historisch aus einer Abspaltung der CGIL hervorgegangen.

diesen Bedingungen waren die erreichten 35 Prozent Nein-Stimmen gegen den neuen Tarifvertrag ein beachtliches Ergebnis. Einzig die FIOM, die Metallgewerkschaft des linken Dachverbandes CGIL, weigerte sich, den Vertrag zu unterschreiben und wurde daraufhin von der betrieblichen Arbeitnehmer_innenvertretung ausgeschlossen. Nachdem Fiat aus dem Arbeitgeberverband Confindustria ausgetreten und damit nicht mehr an den Branchentarifvertrag gebunden war, wurde der neue Haustarifvertrag entgegen vorheriger Versicherungen auch auf andere Unternehmensstandorte ausgeweitet, unter anderem auch auf das ehemalige Stammwerk in Turin.¹⁴

Was bei Fiat mit einem Präzedenzfall begonnen hatte, wurde in dem Abkommen zwischen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverbänden vom 28. Juni 2011 auf nationaler Ebene besiegelt: Dieses Abkommen bezieht sich vor allem auf die Geltungsräume und -bedingungen von Tarifverträgen. Es erweitert unter anderem die Möglichkeiten, von bestehenden nationalen Branchentarifverträgen abweichende Haustarifverträge abzuschließen, also auf lokaler Ebene schlechtere Arbeitsbedingungen festzuschreiben. Außerdem werden separate Branchentarifverträge ermöglicht, denen nicht mehr alle drei Gewerkschaftsdachverbände zustimmen müssen. Schließlich wird eine neue, erweiterte Friedenspflicht eingeführt. Die Zustimmungsbedingungen für Haustarifverträge werden verändert, ohne dass dabei ein Abstimmungsrecht der Beschäftigten oder ein Mindestquorum für die Repräsentativität der unterzeichnenden Gewerkschaften eingeführt wird.¹⁵ Haustarifverträge kön-

¹⁴ Vgl. infoaut, Pomigliano: l'accordo Fiat vince ma non convince, [<http://www.infoaut.org/articolo/pomigliano-laccordo-fiat-vince-ma-non-convince/>]; Raffaele Sciortino, La trappola perfetta di Marchionne. Ancora sulla vicenda Pomigliano, [<http://www.infoaut.org/articolo/la-trappola-perfetta-di-marchionne-ancora-sulla-vicenda-pomigliano/>]; Maurizio Coppola, Fiat Mirafiori: Ende einer Ära der Arbeitsbeziehungen in Italien?, in: Sozial.Geschichte Online, 5 (2011), S. 135–144.

¹⁵ Dagegen müssen etwa im öffentlichen Dienst die unterzeichnenden Gewerkschaften mindestens 51 Prozent der Beschäftigten repräsentieren, damit ein Tarifvertrag gültig wird.

nen auf Beschäftigtenseite damit jetzt durch eine Mehrheitsentscheidung des Betriebsrates (RSU) oder durch Zustimmung der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im betreffenden Unternehmen zustande kommen.¹⁶ An dieser Deregulierung des Kollektivvertragsrechts haben sich alle drei großen Gewerkschaftsdachverbände einschließlich der CGIL beteiligt.

Mit dem August-Sparpaket¹⁷ der Berlusconi-Regierung wurden dieser Praxis die gesetzlichen Weihen verliehen. Der Artikel 8 der *manovra di ferragosto* (des entsprechenden Haushaltsgesetzes) kommt darüber hinaus aber einer Zerstörung sowohl des branchenweiten Kollektivvertragsrechts als auch der arbeitsrechtlichen Standards gleich.¹⁸ Er ermöglicht zum ersten Mal in der italienischen Geschichte unbegrenzte Abweichungen nicht nur von bestehenden Branchentarifverträgen, sondern auch von gesetzlich festgelegten arbeitsrechtlichen Minimalstandards. Derartige Abweichungen können jetzt auf der Ebene einzelner Betriebe beschlossen werden, durch einen Vertrag zwischen dem jeweiligen Unternehmen und einer national vertretenen Gewerkschaft, während der Vertrag dann aber für alle Beschäftigten gilt.¹⁹ Das bedeutet faktisch, dass die Zustimmung der tatsächlich betroffenen, in dem jeweiligen Unternehmen Beschäftigten und ihrer gewählten lokalen betrieblichen Interessenvertretung irrelevant wird und einzig noch die Zustimmung eines der national organisierten Dachverbände von Bedeutung ist. Über entsprechende italienweite branchenbezogene Strukturen verfügen aber weitgehend nur die drei großen Verbände CGIL, CISL und UIL. Deren Machtposition auf betrieblicher Ebene, auch

¹⁶ Marco Barbieri, Note sull'accordo del 28 giugno 2011, [<http://www.cgil.it/tematiche/Documento.aspx?ARG=GIURIDICO&TAB=0&ID=16816.9>].

¹⁷ Es handelt sich um das *decreto salvadeficit*, auch *manovra di ferragosto* genannt (legge 14/9/2011 n. 148 conv. D.L. 138/2011); siehe [<http://www.dossier.net/irpef/norme/decreto-138-2011-coordinato.htm>]. Allein von der Berlusconi-Regierung wurden 2011 vier derartige Haushaltsgesetze verabschiedet (*legge di stabilità* 2011, *decreto sviluppo*, *manovra estiva di stabilizzazione finanziaria* und die besagte *manovra di ferragosto*), gefolgt von bis jetzt drei Gesetzen und Dekreten der Regierung Monti (*legge di stabilità* 2012, *decreto salva-Italia*, *decreto cresci-Italia*). Siehe [<http://www.commercialistatelematico.com/legge-finanziaria-e-di-stabilita>].

gegenüber aufmüpfigen betrieblichen Vertretungen, wird auf diese Weise also ausgeweitet, während die Basisgewerkschaften (USB, CUB, COBAS und andere) weitgehend von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen werden können. Diese hierarchische Restrukturierung der Arbeitsbeziehungen trägt sicherlich dazu bei, die Zustimmung der drei Dachverbände zu erklären. Daneben steht ein weiterer Skandal: eine absolute Deregulierung und Fragmentierung arbeitsrechtlicher Standards. Unter anderem kann nunmehr auf betrieblicher Ebene von geltenden gesetzlichen Regelungen zu Arbeitszeiten, Arbeitsaufgaben, audiovisueller Kontrolle, Arbeitsverträgen, Kündigungsschutz und Klagerecht auch nach unten abgewichen werden, womit beispielsweise sowohl die Normen bei befristeten „Kettenverträgen“ als auch die Notwendigkeit für die Arbeitgeber, bestimmte Kündigungen zu rechtfertigen, in einzelnen Betrieben fast vollkommen wegfallen können.

Diese umfassende De- beziehungsweise Re-Regulierung der Arbeitsmärkte erfolgte auch auf Druck der EU, die derartige Reformen neben einer verstärkten Haushaltsdisziplin und entsprechenden Austeritätsmaßnahmen zur Bedingung für Stützungskäufe von italienischen Staatsanleihen durch die EZB gemacht hatte. Aber ganz wesentlich spiegelt sie auch die inneritalienische Politik der letzten Jahre. Eine Vorstufe zu dem mit dem Juni-Abkommen und dem Artikel 8 vorgenommenen Frontalangriff auf kollektive und individuelle Arbeitsrechte war das erwähnte Gesetz *collegato lavoro* vom November 2011. Damit wurden bereits weitreichende Einschränkungen des individuellen Klagerechts gegen illegale Arbeitsverträge vorgenommen. So wurde die Frist, innerhalb derer gegen gesetzeswidrig befristete Arbeitsverträge vorgegangen werden kann,²⁰ von fünf Jahren auf 60 Tage nach Vertragsende beziehungsweise nach

¹⁸ Gianni Giovanelli, La manovra di ferragosto, [<http://uninomade.org/la-manovra-di-ferragosto>].

¹⁹ Im Vergleich dazu waren derartige Abweichungen nach unten im Juni-Abkommen zwischen den Sozialpartnern zumindest noch an die Zustimmung der Branchengewerkschaften aller das Juni-Abkommen unterzeichnenden drei Dachverbänden gebunden.

der Entlassung verkürzt. Außerdem können arbeitsrechtliche Prozesse von den staatlichen Gerichten an private Schlichterstellen (*collegi arbitrari*) ausgelagert und gerichtliche Schritte in einer dem Arbeitsvertrag beigefügten „Übereinkunft“ zwischen Arbeitgeber und einzelnen Beschäftigten vollkommen ausgeschlossen werden. Schließlich wurden die Entschädigungszahlungen im Fall von illegalen befristeten Verträgen standardisiert und auf maximal zwölf Monatsgehälter begrenzt. Angesichts von zahllosen Verstößen gegen das Arbeitsrecht, vor allem im Bereich der prekären Vertragsformen, kommt diesen Änderungen eine besondere Bedeutung zu. Die Möglichkeit, vor Gericht zu gehen, wird erheblich eingeschränkt. In der Tat war diese Ebene für die drei Dachverbände oft die einzige, auf der sie noch Arbeitskonflikte ausfechten (oder, nicht selten, auch für deren Kanalisierung sorgen) konnten. Die Abschwächung des Entschädigungsrechtes im Falle einer rechtswidrigen befristeten Beschäftigung ist ein zentrales Interesse der Arbeitgeber, stellt dieses doch im bestehenden System eine der letzten verbliebenen und potentiell kostenintensiven Einschränkungen arbeitsrechtlicher Flexibilisierung dar.

Die Regierung Monti²¹ knüpfte mit ihren Reformplänen unmittelbar an diese Entwicklungen an. Ihr Vorschlag war zunächst, einen sogenannten Einheitsvertrag²² (*contratto unico*) einzuführen. Die Idee war, alle bisherigen Vertragsarten (sowohl die befristeten als auch die unbefristeten) durch ein einheitliches Konstrukt zu ersetzen. Der Einheitsvertrag würde dann gleiche Rechte für alle garantieren, allerdings in nur graduell zunehmendem Umfang: Indivi-

²⁰ Die Regelung bezieht sich auf alle Arten sogenannter atypischer Beschäftigung, sei es in Form von befristeter abhängiger Beschäftigung, Zeitarbeit, Projektverträgen oder anderen Formen abhängiger (Schein-)Selbstständigkeit.

²¹ Mario Monti ist, nachdem Berlusconi eine Niederlage bei einer Haushaltsabstimmung erlitt und zurücktrat, seit dem 12. November 2011 italienischer Regierungschef. Die alte Regierungsmehrheit war an Meinungsverschiedenheiten über die EU-induzierte Sparpolitik zerbrochen. Der Abgang Berlusconis wurde von einer neuen Hochphase spekulativer Angriffe auf italienische Staatsanleihen beschleunigt, die den Spread zwischen italienischen und deutschen Papieren Anfang November auf über 500 Punkte trieben; vgl. Fumagalli, Prove (wie Anm. 9). Die neue Regierung besteht in ihrer

duelle Rechtsansprüche würden schrittweise und in Abhängigkeit von der bisherigen Vertragslaufzeit zunehmen. Der wesentliche Punkt hierbei ist, dass in den ersten drei Jahren keinerlei Kündigungsschutz mehr vorgesehen ist. Offiziell wird der Einheitsvertrag zwar als unbefristetes Arbeitsverhältnis für alle und damit als Maßnahme zur Eindämmung prekärer Beschäftigung dargestellt. Faktisch würde er aber eine dreijährige Probezeit für alle bedeuten. Damit schickt sich die Regierung Monti an, eine faktische Abschaffung des Kündigungsschutzes (des symbolträchtigen Artikels 18 des Arbeiterstatuts) durchzusetzen, an der selbst Berlusconi gescheitert war.²³ Unter Rückgriff auf eine Rhetorik der Flexicurity und der Unterscheidung zwischen „guter“ und „schlechter“ Flexibilisierung reagiert sie auf objektive Grenzen des bisherigen Systems der unbegrenzten Fragmentierung. Mit dem aktuellen Reformvorhaben wird die Flexibilisierung noch einmal auf eine neue, verallgemeinerte Stufe gehoben. Sie zielt nunmehr auch ganz direkt auf eine Deregulierung bisher unbefristeter, sogenannter garantierter Beschäftigung. Während in einer ersten Flexibilisierungsphase die Fragmentierung der Beschäftigungsverhältnisse Voraussetzung für eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse und einen erfolgreichen Angriff auf die bestehenden Arbeitsstandards war, ist es jetzt möglich, auch ganz offen bisher unbefristete und arbeitsrechtlich stärker geschützte Beschäftigte anzugreifen.

Mehrheit aus Universitätsprofessor_innen und Anwält_innen oder Richter_innen und wurde als so genannte technische Regierung ohne Neuwahlen durch eine Parlamentsmehrheit eingesetzt. Alle im Parlament vertretenen Parteien außer der Lega Nord stimmten für Monti. Er selbst war von 1995 bis 1999 EU-Binnenmarktkommissar und anschließend bis 2004 Wettbewerbskommissar, Berater für Goldman Sachs und Coca Cola, zuletzt Rektor der Mailänder Privatuniversität Bocconi.

²² Dieses Konzept wird derzeit auch von der Europäischen Kommission propagiert, die damit die bisherige, bereits hochgradig ambivalente EU-Debatte um Flexicurity weiter in Richtung verschärfter Deregulierung verschiebt.

²³ Bereits 2002 versuchte die Berlusconi-Regierung, den Artikel 18 abzuschaffen. Dieser Versuch scheiterte am Widerstand vor allem der CGIL. Der „linke“ Dachverband organisierte Massenproteste mit einem Höhepunkt am 3. März, als eine zentrale Demonstration in Rom drei Millionen Menschen zusammenbrachte. Im April kam es zu einem Generalstreik, an dem sich auch UIL und CISL beteiligten.

Die Versprechungen der Regierung Monti

Angesichts einer Verarmung größerer Teile der Arbeiterklasse wird aktuell zugleich „soziale Integration“ (als Ein- und Unterbindung von sozialen Protestpotentialen) propagiert. Die Inadäquatheit des italienischen Modells hauptsächlich familienbasierter sozialer Absicherung und des weitgehenden Ausschlusses prekär Beschäftigter von Sozialleistungen wird immer offensichtlicher. Während sie faktisch eine verschärfte Deregulierung und Flexibilisierungspolitik vorantreibt, führt die Monti-Regierung zumindest in Ansätzen einen Diskurs des sozialen Ausgleichs und hat sich dementsprechend auch eine Reform der Sozialversicherung auf die Fahnen geschrieben. Konkret soll vor allem ein allgemeines Arbeitslosengeld eingeführt werden, das auch für prekär Beschäftigte zugänglich sein und das bisherige, auf Kurzarbeit fokussierte System ablösen soll. Auf diskursiver Ebene handelt es sich hierbei um eine wichtige Verschiebung im Vergleich zur vorherigen Regierung. Diese Verschiebung stellt eine zweite Ursache der bisher erfolgreichen Einbindung der Gewerkschaftsdachverbände dar.

Aber auch hinsichtlich seiner Wirkung auf den Alltagsverstand ist der kombinierte Diskurs von „lockerem“ Kündigungsschutz und einer stärker inklusiven sozialstaatlichen Absicherung nicht zu unterschätzen. Aus Sicht prekär Beschäftigter, die sich von einem befristeten oder Projektvertrag zum nächsten hangeln, stellt der „Einheitsvertrag“ zumindest keine Verschlechterung ihrer aktuellen Lage dar. Er ist vielmehr anschlussfähig für Hoffnungen auf Zugang zum Reich der unbefristeten Beschäftigung – auch wenn nicht ersichtlich ist, warum Arbeitgeber, die bis jetzt so viele befristete Verträge wie möglich aneinandergereiht haben, nur um die Beschäftigten dann am Ende doch nach Hause zu schicken, nicht auch einen Einheitsvertrag pünktlich einen Tag vor dem Ablauf der kündigungsschutzfreien Dreijahresfrist auflösen sollten. Demgegenüber wird der Widerstand gegen die Aufweichung des Artikels 18 auch deshalb nicht leicht zu organisieren sein, weil er in der heutigen Ar-

beitsrealität nur noch für eine knappe Mehrheit von 52 Prozent der Beschäftigten wirksam ist. Während prekär Beschäftigte per Definition ausgeschlossen bleiben, bezieht sich die darin festgeschriebene Begrenzung von Kündigungen auf sogenannte „gerechte Gründe“ ohnehin nur auf Unternehmen mit mehr als 15 Beschäftigten – in einem Land, in dem 67 Prozent der abhängig Beschäftigten in Kleinunternehmen mit weniger als 15 Mitarbeitern arbeiten.²⁴

Aktuell ist allerdings nicht einmal mehr ein wirklicher Einheitsvertrag vorgesehen. Stattdessen sollen die bisherigen 46 flexiblen Vertragsformen parallel zu dem neuen Konstrukt im momentanen Regierungsentwurf weiter bestehen bleiben. Der Einheitsvertrag wird dabei voraussichtlich auf einen neuen Ausbildungsvertrag reduziert, der als einheitliche Form des Arbeitsmarkteinstiegs fungieren soll. Gleichzeitig wird erneut eine direkte Abschwächung des Kündigungsschutzparagraphen im Arbeiterstatut propagiert.²⁵

Auch die Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung erscheinen weitgehend als Farce. Die Finanzierung des geplanten einheitlichen einjährigen Arbeitslosengeldes vom maximal 1.100 Euro monatlich (abhängig vom letzten Gehalt, den Beitragsjahren und dem Alter) ist noch weitgehend unklar. Auch über die genaue Ausgestaltung ist noch nicht viel bekannt. Klar ist lediglich, dass der Erhalt des Arbeitslosengeldes im Workfare-Stil an einen Zwang zur Arbeitsaufnahme gebunden sein wird und dass gleichzeitig zwei von drei Formen des Kurzarbeitergeldes abgeschafft werden

²⁴ Die Prozentangaben basieren auf ISTAT-Daten und beziehen sich auf abhängig Beschäftigte mit unbefristeten und befristeten Verträgen sowie auf ökonomisch abhängige selbstständige Beschäftigung mit nur einem Auftraggeber. Würden alle (schein-)selbstständigen Beschäftigungsverhältnisse eingerechnet, würde nicht einmal mehr eine 50-prozentige Kündigungsschutzrate erreicht werden. Für weibliche Beschäftigte (45 Prozent) und Beschäftigte unter 30 Jahren (41 Prozent) ist der Wert deutlich geringer. Siehe hierzu [<http://www.datagiovani.it/newsite/wp-content/uploads/2011/12/Comunicato-Per-chi-vale-larticolo-18.pdf>].

²⁵ Es handelt sich dabei um eine De-facto-Abschaffung, da das Recht auf Wiedereinstellung im Falle unrechtmäßiger Kündigungen nur noch für diskriminierende Kündigungsgründe gelten soll, während alle anderen Rechtsverstöße mit einer Entschädigungszahlung abgegolten werden können.

sollen, die gegenwärtig im Falle von Unternehmensschließungen gezahlt werden. Für diejenigen, die heute Zugang zu dieser Form der sozialen Absicherung haben, wird das neue Regime eine eindeutige Verschlechterung bedeuten. Denn statt wie jetzt maximal drei Jahre²⁶ würden sie dann nur noch maximal ein Jahr lang Zahlungen erhalten.

Die bereits durchgeführte Rentenreform spricht eine noch deutlichere Sprache. Mit dieser Reform wird das Renteneintrittsalter weiter von 65 auf zunächst 66 Jahre erhöht (67 Jahre in 2021). Vor allem aber wird das System auf ein reines Beitragssystem umgestellt und die bisherige Möglichkeit abgeschafft, in Abhängigkeit der Beitragsjahre auch schon bei niedrigerem Lebensalter in Rente zu gehen. Die einzige Möglichkeit für eine Verrentung vor dem Erreichen der Altersgrenze sind jetzt 42 Beitragsjahre plus ein Monat für Männer und 41 Jahre plus ein Monat für Frauen.²⁷ Mit dieser Rentenreform knüpfte die Regierung Monti ebenfalls an das Programm der Vorgängerregierung an. Und auch die Steuererhöhungen, die den wesentlichen Bestandteil der neuen Sparpakete ausmachen, schreiben diese Linie fort. Neunzig Prozent des ersten Sparpakets der neuen Regierung wurden durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben realisiert, die vor allem die Lohneinkommen beziehungsweise den privaten Konsum betreffen. Unter anderem wurde die Steuer auf das erste Wohneigentum wiedereingeführt und die auf das zweite Eigenheim erhöht. Ebenfalls erhöht wurden die Benzinsteuern, eine bestimmte einkommensabhängige Steuer der Regionen (Irpaf) und die Gebühren für Arztleistungen. Außerdem gibt es eine neue Abfallsteuer und für Oktober 2012 ist eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent auf dann 23 Prozent

²⁶ Diese Formen des Kurzarbeitergeldes gibt es für unbefristet und befristet, nicht jedoch für ökonomisch abhängig beziehungsweise scheinselfständig Beschäftigte. Auf maximal zwei Jahre *cassa integrazione* folgt ein weiteres Jahr *mobilità*, mit geringeren Zahlungen und der Verpflichtung, für gemeinnützige Tätigkeiten in der Gemeinde zur Verfügung zu stehen.

²⁷ Vgl. Pensioni, ecco che cosa cambia dal 1 gennaio, Il Sole 24 Ore, 1. Januar 2012, [<http://www.ilsole24ore.com/art/norme-e-tributi/2012-01-01/tutte-novita-riforma-pensioni-161914.shtml?uuid=AamukrZE>].

vorgesehen.²⁸ Neben diesen Steuererhöhungen gehört eine lange Liste von Liberalisierungen unterschiedlicher Wirtschaftsbereiche zu den weiteren bereits realisierten Reformen der Regierung Monti (unter anderem Taxikonzessionen, Einzelhandelsöffnungszeiten, Benzinpreise, Agrar- und Energiesektor, Pharmazeutika sowie lokale öffentliche Dienstleistungen).

Zwischen Korporatismus und Massendemonstrationen

Es sind diese Liberalisierungen, die Anfang des Jahres die ersten heftigen Proteste gegen die Regierung Monti hervorgerufen haben. Streiks und Straßenblockaden der LKW- und Taxifahrer sowie der Beschäftigten in der Landwirtschaft legten vor allem den Süden des Landes tagelang lahm. Ansonsten ist es bis jetzt trotz der umfassenden Angriffe vor allem auf die Arbeiter_innenrechte jedoch relativ still geblieben. Auf der Ebene der politischen Parteien gibt es so gut wie keine Opposition. Die beiden großen Zentrumsparteien PdL (*Popolo della Libertà*, Mitte-rechts, ehemalige Regierungspartei von Berlusconi) und PD (*Partito Democratico*, Mitte-links, stellte den vorletzten Regierungschef Prodi) unterstützen die Regierung Monti. Dies ist nicht weiter verwunderlich, haben sie doch beide in den vergangenen Jahren besonders im Hinblick auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in die gleiche Richtung gearbeitet.²⁹ Das stärkste, verbalradikale Oppositionsgebaren legt von rechts die Lega Nord (vormals in der Regierungskoalition mit Berlusconi) an den Tag,

²⁸ Vgl. La manovra diventa legge, tasse il 90% delle misure, La Repubblica, 23. Dezember 2011, [http://www.repubblica.it/economia/2011/12/23/news/manovra_90_tasse-27084212/index.html?ref=search.]

²⁹ Beispielsweise knüpft der oben erwähnte Artikel 8 des August-Sparpakets der Berlusconi-Regierung nahtlos an ähnliche Vorhaben der PD an.

während die linken Parteien³⁰ hoffnungslos zersplittert und im Parlament nicht vertreten sind und bis vor kurzem kaum hörbar waren.

Was die Gewerkschaften angeht, so sind die drei großen Dachverbände weitgehend auf Regierungslinie. Das gilt vor allem für UIL und CISL, galt aber zumindest bis vor kurzem auch für die CGIL. Als Integrationsmechanismus fungiert dabei ein Diskurs der nationalen Notlage, in der es der Zusammenarbeit und Opferbereitschaft aller bedürfe. Die Regierung Monti wird sowohl von den Medien als auch den großen Parteien und Gewerkschaften als unpolitische Regierung der Technokraten dargestellt, die als solche Lösungen im Sinne des Allgemeinwohls erarbeiten würden. In Bezug auf die Arbeitsmarktreform zeigte die Regierung sich einerseits zunächst dialogbereit und lud die Sozialpartner ein, mit ihr über alle wichtigen Reformvorhaben zu sprechen. Dabei beschwor sie die Notwendigkeit eines gemeinsamen Konsenses und der unbedingten Verhinderung sozialer Konflikte. Andererseits drohte sie aber auch von Anfang an damit, im Falle einer mangelnden Einigung die Reform im Alleingang durchzusetzen. Die Verteufelung allen sozialen Dissenses nimmt dabei deutlich antidemokratische Züge an, wenn Regierungsmitglieder vor jeglicher Äußerung abweichender Meinungen in Form von Demonstrationen oder Ähnlichem warnen. Tatsächlich wurden die Konsultationen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften von der Regierung angesichts wachsenden Dissenses vor allem über die Neuregelung des Kündigungsschutzes und die Einschränkung der Kurzarbeit am 20. März in autoritärer Weise für beendet erklärt. Ungeachtet der vorgebrachten Kritikpunkte soll dem Parlament jetzt das ursprüngliche Reformvorhaben zur Entscheidung vorgelegt werden.

Für die Gewerkschaften fungieren die Bilder der nationalen Einheit und der „technischen Regierung“ als Legitimationsressourcen,

³⁰ Hierzu gehören unter anderem SEL (*Sinistra Ecologia Libertà*, Zusammenschluss unter anderem von Teilen der Grünen und der *Rifondazione Comunista*), die *Federazione di Sinistra* (unter anderem andere Teile der *Rifondazione Comunista* und die *Comunisti Italiani*) sowie die „Bewegung der fünf Sterne“ (*Movimento cinque stelle*, um Beppe Grillo).

mit denen sie ihre Zustimmung selbst zu offensichtlichen Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder rechtfertigen können. Gleichzeitig haben sie ein bis jetzt eindeutig dominierendes Interesse, selbst am Verhandlungstisch präsent zu sein und angesichts der zunächst demonstrierten „Dialogbereitschaft“ Montis endlich wieder als Gesprächs- und Entscheidungspartner anerkannt zu werden. Dies gilt in besonderer Weise für die CGIL, die sich auf politischer Ebene in den letzten Jahren zunehmend an den Rand gedrängt sah. Der Konflikt um den Haustarif bei Fiat, dessen Nichtunterzeichnung durch die FIOM und ihr darauf folgender Ausschluss von weiteren Verhandlungen sowie von der betrieblichen Interessensvertretung im Unternehmen haben gezeigt, wie sensibel die CGIL auf derartige Marginalisierungsgefahren reagiert. Tatsächlich haben diese Entwicklungen zu einem scharfen internen Konflikt und einer Marginalisierung der FIOM und anderer Teile der Gewerkschaftslinken innerhalb des Dachverbandes geführt, dessen tonangebende Mehrheitsfraktion anscheinend um (fast) jeden Preis mit am Tisch der Mächtigen sitzen möchte.

Angesichts der autoritären Wende bei der Arbeitsmarktreform sieht sich diese Mehrheitsfraktion der CGIL jetzt allerdings genötigt, ihre Kompromisshaltung aufzugeben und auf Distanz zur Regierung Monti zu gehen. Während CISL und UIL ihre weitgehende Zustimmung zu den Regierungsplänen zum Ausdruck brachten, wurde von der CGIL parallel zu den anstehenden Parlamentsabstimmungen für die letzte Märzwoche ein 16-stündiger Streik angekündigt. Allerdings richtet sich ihre Kritik fast ausschließlich gegen die Aufweichung des Kündigungsschutzes und die Einschränkung der Kurzarbeit. Konkrete weiterreichende Vorschläge für einen Kampf gegen die Prekarisierung hat sie dagegen kaum zu bieten, obwohl die Forderung nach einem Ausbau der sozialen Sicherungssysteme Teil ihres Programms ist.

Im Gegensatz zu den drei Dachverbänden beziehen die Basisgewerkschaften und die FIOM eindeutig Position gegen Monti. Beide organisierten seit Jahresbeginn je einen Streiktag samt Großde-

monstration in Rom: die Basisgewerkschaften (USB, Cobas, CUB) am 27. Januar, die FIOM am 9. März.³¹ Laut Veranstaltern nahmen an der Demonstration der Basisgewerkschaften mindestens 40.000, an der der FIOM über 50.000 Menschen teil. Die zentralen Forderungen bezogen sich auf den Erhalt des Kündigungsschutzes, eine Korrektur der Rentenreform und eine verstärkte Investitionspolitik des Staates, aber auch auf den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, einen Kampf gegen die Prekarisierung und, was besonders für die FIOM relevant ist, einen Erhalt der nationalen Tarifverträge und der betrieblichen Mitbestimmungsrechte. In den Tagen, die auf den Abbruch der Verhandlungen über die Arbeitsmarktreform folgten, wurde von der FIOM außerdem zu kurzen, zweistündigen Arbeitsniederlegungen in der Metallbranche aufgerufen, was in einer Vielzahl lokaler Demonstrationen und Straßenblockaden resultierte. Die Beteiligung an diesen Demonstrationen und Streiks könnte dafür sprechen, dass auch in Italien langsam der soziale Protest wiedererwacht. Allerdings ist bis jetzt noch nicht absehbar, ob über diese vereinzelt und wenig konflikthafte Protestereignisse hinaus eine tatsächliche Bewegung gegen die Krise entstehen wird.

Unruhe im Alltag: Arbeitskämpfe und Prekarität

Mit dem Beginn der Krise nahm die Zahl der lokalen betrieblichen Konflikte zu. Sie werden zum großen Teil von den Basisgewerkschaften unterstützt, manchmal auch von den Branchengewerkschaften der CGIL. Unabhängig davon hat sich außerdem schon 2008 ein italienweites Netzwerk selbstorganisierter Arbeitskämpfe gebildet, zunächst unter dem Namen *Uniti contro la crisi*, später als *autoconvocati*. Letztere haben zunächst vor allem in der von der Krise und den darauf folgenden Entlassungen stark betroffenen In-

³¹ Videos und Statements zur Demonstration der FIOM sind beispielsweise hier zu finden: [http://www.fiom.cgil.it/eventi/2012/12_03_09-manifestazione_nazionale/video.htm]. Zum Streik der Basisgewerkschaften siehe unter anderem [<http://sciopero27gennaio.usb.it/>].

dustrie etliche Auseinandersetzungen geführt und sich dabei von den etablierten Gewerkschaften abgegrenzt, denen sie mangelnde Konfliktbereitschaft vorwerfen.

Zwei aufsehenerregende Beispiele für Arbeitskämpfe während der Krise waren die Auseinandersetzung um Kurzarbeit und Entlassungen in der Ölindustrie im sardischen Porto Torres von Februar 2010 bis Juni 2011 im Unternehmen Vinyls und, aktuell von Dezember 2011 bis Februar 2012, die Proteste der Angestellten der Nachtzüge von Trenitalia gegen ihre Entlassung beziehungsweise Auslagerung in Zeitarbeitsunternehmen in Folge der Einstellung der italienischen Nachtzuglinien. Beides waren beziehungsweise sind weitgehend selbstorganisierte Arbeitskämpfe, die von den Gewerkschaftsverbänden nur begrenzt oder gar nicht unterstützt wurden beziehungsweise werden.

In Porto Torres forderten Arbeiter_innen der ölverarbeitenden Industrie, die die wesentliche Industriebranche auf Sardinien darstellt(e), neben dem Erhalt ihrer Arbeitsplätze einen alternativen, nachhaltigen Entwicklungsplan für die Insel. Sie versuchten ihren Forderungen mit einer Besetzung der kleinen, nördlich vor Sardinien gelegenen ehemaligen Gefängnisinsel Asinara Nachdruck zu verleihen. Durch eine gezielte, internetbasierte Öffentlichkeitsarbeit über eine Facebook-Seite und einen stark frequentierten Blog haben es diese Arbeiter_innen geschafft, wochenlang immer wieder in den Medien präsent zu sein.³² Die Beschäftigten von Wagon Lits besetzten über mehrere Wochen ein Gleis und einen Beleuchtungsturm im Mailänder Hauptbahnhof.³³ Auch hier forderten die Arbeiter_innen nicht nur den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, sondern auch ein alternatives Entwicklungsmodell für den Personenverkehr der Bahn. In beiden Fällen sind die inhaltlichen Öffnungen sehr wichtig, vor allem in ihrer Bezugnahme auf den politischen Konflikt nicht nur um Arbeitsverhältnisse, sondern auch um öffentliche Gü-

³² Vgl. [<http://www.isoladeicassintegrati.com/>].

³³ Vgl. [<http://www.ilfattoquotidiano.it/tag/binario-21/>], [<http://it-it.facebook.com/Binario21chiamaItalia>].

ter und alternative Programme der Krisenbewältigung. Sie waren eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich eine breite Unterstützungsbewegung bilden konnte.

Doch trotz der spektakulären Aktionsformen, der Entschlossenheit der Beteiligten, der erfolgreichen Bündnisbildung und der inhaltlichen Erweiterung wurden diese Auseinandersetzungen bis jetzt weitgehend verloren. Im Fall Vinyl wurde die Besetzung der Insel ohne konkrete Erfolge eingestellt. Die Auseinandersetzung bei Wagon Lits dauert derzeit noch an. Aber noch nicht einmal die Minimalforderung nach nationalen politischen Verhandlungen über die Zukunft der italienischen Nachtzuglinien wurde bis jetzt erfüllt.

Diese relative Erfolglosigkeit der aktuellen Arbeitskämpfe ist ein generelles Problem, das auch das Netzwerk der *autoconvocati* betrifft.³⁴ Zum einen erscheinen die gewählten Konfliktformen wenig effektiv: Oft wurden auch in den zahlreichen Konflikten in den Industrieunternehmen im Mailänder Hinterland permanente Kundgebungen vor den Werkstoren als Aktionsform gewählt (wenn auch in weniger spektakulärer Form als im Fall der Gleis- und Turmbesetzung bei Wagon Lits). Das Problem ist, dass diese Kundgebungen aber niemanden wirklich stören und kaum für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar sind. Versuche des Netzwerkes, eine größere Sichtbarkeit zu erreichen, zum Beispiel durch gemeinsame Demonstrationen, waren nicht erfolgreich. Die Zersplitterung der einzelnen Kämpfe ist nach wie vor groß und die reale Kooperationsfähigkeit oft nicht stark genug. Das Problem der Fragmentierung wird zusätzlich dadurch erhöht, dass in Folge verlorener Auseinandersetzungen viele der Aktivist_innen in Kurzarbeit gelandet sind und etliche betriebliche Basiskomitees sich daraufhin Stück für Stück aufgelöst haben. Aufgrund dieser Probleme ist das Netzwerk der *autoconvocati* im Moment auf italienweiter Ebene nicht als Akteur von Krisenprotesten aktiv.

Weitere besonders heftige, aber auch nicht viel erfolgreichere Auseinandersetzungen wurden in den letzten Jahren von migranten-

³⁴ Auch der Konflikt bei Wagon Lits wurde von den *autoconvocati* unterstützt.

schen Arbeiter_innen geführt. Ein Beispiel ist die Revolte der Erntehelfer im kalabrischen Rosarno gegen ihre unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen und den alltäglichen Rassismus. Schätzungsweise arbeiten etwa 20.000 Menschen als illegalisierte Tagelöhner in der von Mafiastrukturen geprägten süditalienischen Landwirtschaft. Tageslöhne von 15 Euro für mindestens zwölf Stunden Arbeit und miserable Unterkünfte in alten Ställen, Baracken oder ähnlichem, ohne Wasser, Strom und Toiletten, sind die Regel. Als im Januar 2010 zwei Migranten bei einem rassistischen Übergriff angeschossen wurden, kam es auf den Straßen von Rosarno zu spontanen Protesten, die von Seiten der italienischen Bevölkerung mit einer regelrechten Hetzjagd auf die Migrant_innen beantwortet wurden.³⁵

In Norditalien waren es die Lagerarbeiter der Supermarktkette Esselunga, die sich in diesem Winter mit einem mehrwöchigen Streik im Warenlager Pioltello gegen rassistische Diskriminierung, schlechte Bezahlung sowie physisch unzumutbare und gesetzeswidrige Arbeitsbedingungen zur Wehr setzten.³⁶ Unterstützt von der Basisgewerkschaft SiCobas und etlichen Solidaritätsaktionen an verschiedenen Esselunga-Filialen haben die Streikenden immerhin erreicht, dass die Firma mit ihnen in Verhandlungen getreten ist, die aktuell noch andauern. Dieser Arbeitskampf in Pioltello ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil es das vorgeblich schwächste Element in der Prekarisierungskette ist, das sich hier selbst organisiert und einen Arbeitskonflikt angezettelt hat.

Ein weiteres Beispiel für migrantische Selbstorganisationen auf dem Feld der Arbeitspolitik bleibt der italienweite Streiktag am 1. März, der unter dem Motto „Ein Tag ohne uns“ dieses Jahr bereits zum dritten Mal stattgefunden hat. Bei den entsprechenden Demonstrationen und Aktionen geht es zentral um das Recht auf

³⁵ Vgl. [<http://www.storiemigranti.org/spip.php?article671>], [http://www.repubblica.it/cronaca/2010/01/10/news/l_inferno_di_rosarno_e_i_suo_i_responsabili-1894730/].

³⁶ Vgl. [<http://www.sicobas.org/index.php/notizie/ultime-3/816-il-punto-sulla-lotta-esselunga>].

Bewegungsfreiheit sowie um die Abschaffung der Abschiebelager (CIE), des Straftatbestandes der illegalen Einwanderung und des rassistischen Migrationsgesetzes Bossi-Fini, welches unter anderem die Aufenthaltserlaubnis an den Arbeitsvertrag knüpft. Außerdem wurde gegen die erhöhten Gebühren für die Erstellung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis protestiert, die Teil des letzten Sparpaketes der Regierung Monti sind.

Das Netzwerk San Precario (www.scioperoprecario.org) ist ein weiterer Akteur in aktuellen Arbeitskämpfen und Auseinandersetzungen um die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen. In diesem Netzwerk kommen Gruppen prekär Beschäftigter aus verschiedenen Branchen und Aktivist_innen der Bewegungslinken zusammen. Einen zentralen Bezugspunkt hat es in der Mayday-Parade der Prekären, die seit 2001 am 1. Mai Zehntausende Menschen auf die Mailänder Straßen bringt.³⁷ In den letzten eineinhalb Jahren hat sich die italienweite Vernetzung intensiviert und es wird an gemeinsamen Strategien, Strukturen und Kampagnen gearbeitet. Ein wesentliches Aktionsfeld ist die Organisation von Arbeitskonflikten über die sogenannten *punti San Precario*: Dies sind Treffpunkte für prekär Beschäftigte, an denen rechtliche Beratung und Unterstützung für kollektive Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz geboten werden. Solche oder ähnliche Initiativen gibt es mittlerweile außer in Mailand und Umland auch in Monza, Bergamo, Bologna, Turin, Rom, Neapel und Bari.

Die zweite Interventionsebene des Netzwerkes ist der Versuch, auf diskursiver und programmatischer Ebene einen „prekären Standpunkt“ (*punto di vista precario*) zu etablieren. Die zentralen Forderungen beinhalten das bedingungslose Grundeinkommen, das Recht auf Insolvenz und die transnationale Bewegungsfreiheit. Das bedingungslose Grundeinkommen wird als Antwort auf die verallgemeinerte Prekarisierung nicht nur der Arbeits-, sondern der gesamten Existenzbedingungen dekliniert. Es wird als Strategie verstanden, die Erpressbarkeit der Arbeitenden zu verringern. Mit

³⁷ Vgl. [www.precaria.org].

dem Slogan „Recht auf Insolvenz“, das sich sowohl auf Privat- als auch auf Staatsinsolvenz(en) bezieht, wird direkt auf die Finanzkrise Bezug genommen. Im Sinne der europaweiten Parole „Wir zahlen nicht für eure Krise“ wird dem Spardiktat die Perspektive einer Verweigerung weiterer Schuldentzahlungen entgegengesetzt.

Die Perspektive beider Handlungsebenen zusammen ist die Initiierung eines „prekären Streiks“ beziehungsweise eines Streiks der Prekären. Dabei geht es nicht einfach darum, alte Streikformen wieder aufleben zu lassen, sondern gegen die als dauerhafte, existentielle Krisensituation erlebte Prekarisierung angemessene neue Konfliktformen zu finden und umzusetzen und so als Arbeitende auch aus einer prekären Ausgangslage heraus wieder Kampfstärke zu entwickeln. Diesbezügliche Überlegungen gehen unter anderem in die Richtung einer Blockade von Güter-, Menschen- und Informationsströmen und einer Wiederaneignung und Ausweitung alltäglicher Formen der Arbeitsverweigerung und Sabotage. In Reaktion auf die Arbeitsmarktreformpläne hat das Netzwerk einen offenen Brief an die Arbeitsministerin Fornero verfasst und dazu eine Aktionswoche lanciert, um die eigenen Forderungen öffentlich zu machen. Am 8. März wurde unter dem Motto „*occupy welfare*“ kurzzeitig die Pressestelle des Arbeitsministeriums in Rom besetzt und ein Gespräch mit der Ministerin erstritten. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen lehnte diese freilich mit der Begründung ab, in einem Land wie Italien, in dem an neun Monaten im Jahr die Sonne scheint, würden die Menschen mit einem bedingungslosen Einkommen versehen nur noch faul am Tisch sitzen und sich den ganzen Tag den Bauch mit Nudeln vollschlagen.³⁸

³⁸ Siehe [<http://www.scioperoprecario.org/>], [http://www.cronacaqui.it/editorial/i/il-borghese/23369_la-pasta-al-pomodoro-della-fornero.html]. Ähnliche abfällige Äußerungen hat es auch von anderen Regierungsmitgliedern gegeben. Sie spielen allesamt auf die angeblich mangelnde Flexibilität und Faulheit der prekär Beschäftigten an.

Keine *Indignados* in Rom

Bereits zu Beginn der Krise 2008 kam es mit der *Onda* (Welle)³⁹ zu einem Bewegungszyklus an den Schulen und Universitäten. Diese Proteste richteten sich sowohl gegen die Krisenpolitiken (mit dem Slogan „Wir zahlen nicht für eure Krise“) als auch gegen die damals anstehende Schul- und Universitätsreform, die unter anderem Mittelkürzungen beinhaltete, die Privatisierung der Hochschulen förderte und die Prekarisierung des Personals verstärkte. Obwohl diese Bewegung mit großen Mobilisierungen einherging, wurde der Kampf gegen die Reform verloren. Sie ist mittlerweile weitgehend umgesetzt. Die *Onda* ist deshalb eingeschlafen, auch wenn viele Schüler_innen und Studierende in den begrenzten aktuellen Krisenprotesten immer noch präsent sind.

Versuche, die *Indignados*- und *Occupy*-Bewegungen nach Italien zu importieren, sind dagegen schon im Ansatz gescheitert. Zum weltweiten Aktionstag am 15. Oktober 2011 gab es zwar in Rom eine Demonstration mit mehreren zehntausend Menschen. Aber eine Bewegung hat sich daraus nicht ergeben und Platzbesetzungen oder Zeltcamps im Stil der *Indignados* sind marginale Erscheinungen geblieben. Während der Demonstration in Rom ist es zu gezielten Angriffen auf Banken und Geschäfte sowie zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen. Hinter diesen Vorkommnissen stehen neben einer spontan ausgebrochenen Wut und der Selbstverteidigung gegen polizeiliche Gewalt unterschiedliche Interessen der Protestakteure. Während linke Partei- und Gewerkschaftsstrukturen (unter anderem FIOM, Cobas, CUB, USB) sowie ein Teil der organisierten Linken (vor allem aus dem Nordosten, aus dem Umfeld der ehemaligen *disubbidienti*) eine möglichst ruhig verlaufende Demonstration wünschten,⁴⁰ hatte sich ein ande-

³⁹ Vgl. [[http://it.wikipedia.org/wiki/Onda_\(movimento_studentesco\)](http://it.wikipedia.org/wiki/Onda_(movimento_studentesco))].

⁴⁰ Diese Akteure kommen in dem Bündnis *Uniti per un'alternativa* zusammen. Ihnen wurde vor allem aus der restlichen Bewegungslinien vorgeworfen, die Demonstration für die Lancierung einer neuen Partei instrumentalisieren zu wollen.

rer Teil zum Ziel gesetzt, „radikalere“ Ausdrucks- und Konfliktformen auf die Straße zu bringen und dafür auch gezielt Symbole der herrschenden Ordnung anzugreifen. Auch weil das Regierungsviertel hermetisch abgeriegelt und die Demonstrationsroute weit entfernt davon verlief, entlud sich der Frust an Geschäften, Banken und Autos entlang des Weges. Die Polizei griff daraufhin die Spitze der Demonstration an, in der sich vor allem die Sozialen Zentren und das San-Precario-Netzwerk befanden und die mit etwa 15.000 Teilnehmenden wohl am ehesten eine Gruppierung darstellte, der es nicht um abstrakte „parlamentarische“ oder „außerparlamentarische“ Fragen, sondern vor allem um die Artikulation eines „prekären Standpunktes“ ging.

In Reaktion auf die Polizeiiintervention spaltete sich die Demonstration und ihr „institutioneller“ Teil nahm eine alternative, auseinandersetzungsfreie Route. Auf dem Platz, an dem eigentlich die Abschlusskundgebung hätte stattfinden sollen, kam es dagegen zu stundenlangen Auseinandersetzungen mit der Polizei, an denen sich ganz unterschiedliche Demonstrant_innen beteiligten. Das Anliegen, inhaltliche Aussagen, Positionen und Forderungen sichtbar zu machen, ging in dieser Situation vollkommen unter. Stattdessen stand nun auch bei den Protestakteur_innen die Gewaltdebatte im Mittelpunkt. Zwar kam es auch anschließend lokal noch zu einzelnen kleinen *Occupy*-Camps, aber die Bewegung war tot, bevor sie überhaupt geboren wurde.

Aktuell versucht ein neues Bündnis, Krisenproteste auf einer breiteren Basis zu initiieren: das „Komitee keine Schulden“ (*comitato no debito*).⁴¹ Es wird vor allem von einzelnen Sektionen der FIOM, den Basisgewerkschaften, der *Rete 28 Aprile* (einer linken Strömung innerhalb der CGIL), der *Rifondazione Comunista* und der Kritischen Linken (*Sinistra Critica*, ehemals linke Strömung der *Rifondazione Comunista*), aber auch von den *autoconvocati* und vie-

⁴¹ Vgl. [<http://www.nodebito.it/>], [<https://sites.google.com/site/appellodobbiamofermarli/>].

len Einzelpersonen getragen.⁴² Vorläufer dieses Bündnisses war ein Appell mit dem Titel „Wir müssen sie stoppen“ (*Dobbiamo fermarli*), der sich im vergangenen Herbst gegen die Sparpolitik und die Arbeitsmarktreformen der Berlusconi-Regierung richtete. Dieser wurde jetzt zusätzlich mit der Forderung nach einem Referendum sowohl über die Erfüllung der EU-Sparvorgaben als auch über die Verfassungsänderung zur Einführung einer Schuldenbremse versehen. Für den 31. März wurde, im Rahmen des internationalen Aktionstages, eine zentrale Anti-Krisen-Demonstration in Mailand geplant. Obwohl dieses Bündnis bis jetzt nur begrenzt in der Öffentlichkeit sichtbar gewesen war, versprach dieser Protesttermin nach der guten Beteiligung an der oben erwähnten, von der FIOM organisierten Demonstration am 9. März und den jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktreform eine neue Relevanz zu bekommen. Die Massenwirksamkeit des Aufrufes war allerdings begrenzt. Noch immer scheint der Diskurs der nationalen Notlage und der „technischen“ Regierung im Alltagsverstand der Mehrheit gut zu funktionieren.⁴³

Lediglich die eingangs erwähnten Streiks der LKW- und Taxifahrer sowie der Landwirte und Landarbeiter im Januar diesen Jahres, vor allem in Süditalien und auf Sizilien, scheinen hier eine relevante Ausnahme zu bilden und ein Beispiel für soziale Proteste zu liefern, die nicht allein von der organisierten Linken in Gewerkschaften, Parteien und sozialer Bewegung getragen werden. Diese Streikbewegung wurde oft als ein besitzstandswahrender Kampf privilegierter Gruppen von Kleinunternehmer_innen interpretiert. Tatsächlich war sie aber mehrheitlich von Menschen in extrem prekären Arbeits- und Lebensbedingungen getragen: von selbstständigen LKW-Fahrer_innen mit nur einem eigenen LKW, Landwirt_innen im Familienbetrieb oder Tagelöhner_innen in der Landwirtschaft.

⁴² Dieses Netzwerk geht aus einer Abspaltung von *Uniti per un'alternativa* hervor. Eine wesentliche Triebkraft ist Giorgio Cremaschi, Ex-Generalsekretär und Mitglied im Führungsgremium der FIOM.

⁴³ Siehe zu dieser Analyse Nicola Casale, *La luna miele di Monti*, [<http://www.infonaut.org/index.php/blog/global-crisis/item/3991-la-lunadi-miele-di-monti>].

Aber auch Schüler_innen, Student_innen, Arbeiter_innen und Arbeitslose waren beteiligt. Über die Proteste selbst entstanden breite lokale Solidaritätsnetzwerke. Sie umfassten neben Familienangehörigen und Freunden auch Nachbarschaftsnetze, teils sogar ganze Dörfer und Gemeinden.⁴⁴ In der Folge wurden die Liberalisierungsvorhaben der Regierung in Ansätzen überarbeitet und einige besonders strittige Punkte entfernt.

No-TAV und Krisenproteste

Die größte Bewegung gibt es aktuell allerdings mit der No-TAV-Bewegung zu einem zumindest auf den ersten Blick nur bedingt krisenbezogenen Thema: gegen eine geplante Hochgeschwindigkeitszugtrasse durch das Susatal, die Turin und Lyon verbinden soll.⁴⁵ Hierbei handelt es sich um einen bereits mehr als zwanzig Jahre andauernden Konflikt, der sich jedoch seit dem letzten Sommer und noch einmal Ende Februar und Anfang März diesen Jahres zugespitzt hat. Im Frühsommer 2011 wurde der Ort, an dem aktuell die Bauarbeiten mit der Bohrung eines Tunnels zwischen Italien und Frankreich beginnen sollen, von Aktivist_innen besetzt. Nachdem das Protestcamp Ende Juni mit einem brutalen nächtlichen Polizeieinsatz geräumt und in eine Polizei- und Militärbasis verwandelt wurde, gab es am 3. Juli eine Großdemonstration mit mehreren zehntausend Teilnehmer_innen. In einer Eskalationsspirale polizeilicher Gewalt wurde diese Demonstration unter anderem stundenlang mit Tränengas beschossen. Seitdem hat es unermüdlich lokale Initiativen gegeben, bis am 26. Februar 2012, nur einen Tag nach einer Demonstration mit bis zu 80.000 Menschen, auch die von der Bewegung gebaute Hütte neben dem geplanten Bau-platz von der Polizei geräumt wurde. Bei dieser Räumung kam ein

⁴⁴ Siehe Giorgio Martinico, *Il tempo dei forconi*. Per un aggiornamento materialista, [<http://uninomade.org/il-tempo-dei-forconi-2/>].

⁴⁵ Vgl. ausführlich Kristin Carls / Dario Iamele, *Stop that train – Entwicklung und Aktualität der No-TAV-Bewegung gegen die Hochgeschwindigkeitstrasse Turin–Lyon*, in: *Sozial.Geschichte Online*, 6 (2011), S. 177–193.

Demonstrant, der einen Strommast besetzt hatte, beinahe zu Tode. Von der Polizei verfolgt, kam er zu nah an die Stromkabel heran, erhielt einen Stromschlag und stürzte aus gut zehn Metern zu Boden. Daraufhin wurde das Susatal von der No-TAV-Bewegung vier Tage lang mit mehreren Blockaden der Autobahn und zweier Schnellstraßen praktisch lahmgelegt. Gleichzeitig kam es in ganz Italien die ganze Woche lang zu Solidaritätsaktionen und weiteren Besetzungen von Straßen, Autobahnen und Bahnhöfen.

Das bemerkenswert breite Netzwerk der No-TAV-Bewegung ist gewachsen, weil sich die Bewegung weit über die ursprünglichen territorialen und vornehmlich ökologischen Beweggründe hinaus inhaltlich geöffnet hat und den Protest gegen die Hochgeschwindigkeitstrasse mit einer Kritik an der undemokratischen Durchsetzung und den mafiösen Strukturen derartiger Großprojekte verbunden hat. Somit ist es ihr aktuell auch möglich, gegen die Krisenpolitik der Regierung Monti zu argumentieren. Dabei wird die Verschwendung von Steuergeldern für eine als unnötig entlarvte neue Bahnlinie mit den Einschnitten in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik kontrastiert und ein alternatives Entwicklungsmodell für das Susatal und das ganze Land gefordert. Letzteres soll vor allem lokale Ökonomien, lokale Mobilität und soziale Bedürfnisse bevorzugen und durch direktdemokratische Partizipation ausgestaltet werden – Themen, die auch in den oben beispielhaft beschriebenen Arbeitskämpfen auftauchen und für die Netzwerkbildung relevant werden.

Eine weitere Stärke ist die Tatsache, dass die No-TAV-Bewegung sich nie in Gut und Böse, in gewalttätige und friedliche Demonstrant_innen hat spalten lassen. Auf die entsprechenden Versuche von Politik und Medien war die Antwort immer wieder: „Wir sind alle Black Block.“ Damit bietet die No-TAV-Bewegung einen klaren Kontrast zu den an der Gewaltfrage verlaufenden Spaltungslinien in den Krisenprotesten des 15. Oktober 2011 (und auch sonst in der Geschichte sozialer Bewegungen in Italien, nicht zuletzt in den Post-Genua-Debatten). Vor diesem Hintergrund wird vermehrt die Hoffnung artikuliert, die No-TAV-Proteste könnten als Katalysa-

tor für eine Massenbewegung gegen die Krise fungieren. Hierzu ist allerdings anzumerken, dass, während die No-TAV-Bewegung politisch und sozial relativ breit ist, Unterstützungsaktionen im Rest des Landes im Wesentlichen auch im Frühjahr 2012 von der Bewegungslinken und nicht zuletzt den sozialen Zentren getragen wurden, für die No-TAV einen positiven Bezugspunkt darstellt, während auf dem für die Krisenproteste unmittelbar zentralen Feld der Arbeits- und Sozialpolitik eine starke Fragmentierung und Ohnmacht existiert.

Es wird sich in den nächsten Wochen, in denen auch die Verabschiedung der Arbeitsmarktreform durch das Parlament geplant ist, zeigen, ob sich auf der Grundlage der verschiedenen, in dem vorliegenden Artikel geschilderten Ansätze tatsächlich ein breites Anti-Krisen-Bündnis entwickeln kann. Offen ist zum einen die Frage, wie weit von Seiten der institutionellen Akteure über die Verteidigung des Kündigungsschutzes als Symbol für die Rechte der alten, noch unbefristet beschäftigten Gewerkschafts- und Parteiklientel hinausgegangen wird und wie in diesem Sinne die Forderung nach einer Reform der sozialen Sicherungssysteme konkret ausbuchstabiert werden kann. Eine damit eng zusammenhängende Frage ist, wie die prekär Beschäftigten in diesem Protest eine Stimme erobern können. Ob der Widerstandsgeist, der sich in der No-TAV-Bewegung oder in den Straßenblockaden der LKW- beziehungsweise Taxi-Fahrer_innen und Landarbeiter_innen gezeigt hat, sowie die Partizipations- und Solidaritätserfahrungen, die dabei gemacht wurden, aufgegriffen werden, muss zunächst offen bleiben. Aber wie sehr das herrschende Establishment vor einer solchen Perspektive Angst hat, zeigt sich daran, dass die No-TAV-Proteste dort lediglich als Problem der öffentlichen Ordnung gesehen werden und ebenso in der Tatsache, dass die März-Demonstration der FIOM in den offiziellen italienischen Printmedien kaum auftauchte (während sie in der internationalen Presse durchaus zur Kenntnis genommen wurde).

Die Situation im Juni 2012: Vor der Durchsetzung der Arbeitsmarktreform⁴⁶

Aktuell, das heißt Mitte Juni 2012, steht die Arbeitsmarktreform kurz vor ihrer Verabschiedung durch das Parlament, während der Senat bereits zugestimmt hat. In der Substanz hat sich trotz zahlreicher Änderungsanträge, die von einer Senatskommission eingearbeitet wurden, nichts verändert. Tatsächlich trägt die Reform weiterhin, vielleicht sogar noch stärker als in den ursprünglichen Vorschlägen vorgesehen, zu einer Verallgemeinerung der Prekarisierung bei.⁴⁷ Auch ihren autoritären Stil hat die Regierung Monti beibehalten. So wurde die Abstimmung über die Reform im Senat zur Vertrauensfrage erklärt, im Parlament wird sich dieses Prozedere wohl wiederholen.

Folgende Änderungen im Arbeitsrecht sind in der Reform vorgesehen: An erster Stelle steht die De-facto-Abschaffung des Kündigungsschutzparagraphen (Artikel 18 des Arbeiterstatuts). Das Recht auf Wiedereinstellung im Falle unrechtmäßiger Kündigung wird stark beschnitten. Es besteht praktisch nur noch für unrechtmäßige diskriminierende Kündigungen (wobei die Beweislast wie vorher auch bei den Arbeitnehmer_innen liegt). Bei ungerechtfertigten, aber durch die wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers begründeten Kündigungen gibt es nur noch die Möglichkeit einer auf zwölf bis 24 Monatsgehälter begrenzten Entschädigungszahlung. Dies gilt nur dann nicht, wenn der/die Arbeitnehmer_in nachweisen kann, dass die angegebenen ökonomischen Entlassungsgründe eindeutig

⁴⁶ Dieser Abschnitt des Textes stellt eine Aktualisierung des im April 2012 verfassten Artikels dar; vgl. Anm. 1.

⁴⁷ Vgl. zur Analyse der Reform: Gianni Giovanelli, *Il governo Monti e la nuova carta del lavoro*, Quaderni di San precario, 3 (2012), S. 57–70; Sciopero Precario, *Il punto di vista precario sulla riforma del mercato di lavoro*, [<http://www.sciopero-precario.org/2012/04/il-punto-di-vista-precario-sulla-riforma-del-mercato-del-la-voro/#more-607>]. Siehe zu den aktuellen Änderungen im Reformprojekt auch La Repubblica, *Dossier: Riforma del lavoro, non solo articolo 18, lotta alla precarietà e alle finte partite Iva*, 4. Mai 2012, [http://www.repubblica.it/economia/2012/04/05/news/riforma_lavoro_tutte_misure-32778917/] und Francesca Vinciarelli, *Rifor-*

und vollständig inexistent sind. Bei unrechtmäßigen disziplinarischen Kündigungen liegt die Entscheidungsmacht zwischen Wiedereinstellung und Entschädigungszahlung jetzt beim Richter.

Zwar stellen diese Veränderungen einen enormen Einschnitt in den Kündigungsschutz dar, allerdings sicherte der Artikel 18 auch in der alten Form nur noch eine Minderheit von Arbeitnehmer_innen, nämlich solche mit unbefristeten Verträgen in Unternehmen mit mehr als 15 Beschäftigten. Damit stehen bei der De-facto-Ab-schaffung nicht so sehr die materiellen Konsequenzen für die Masse der Beschäftigten im Vordergrund, sondern die Signalwirkung: Es geht darum, zu zeigen, dass gesicherte Beschäftigung keine Option mehr ist, und ungesicherte und befristete Arbeit nunmehr der verallgemeinerte Beschäftigungsstandard. Was in der Diskussion um den „Einheitsvertrag“ explizit als Angriff auf grundlegende Arbeitsrechte zum Ausdruck kam, wird im Rahmen der Reform des Artikels 18, unter Rückgriff auf das Argument der Beschäftigungsförderung, als Reduktion unzeitgemäßer Privilegien einer Minderheit zum angeblichen Wohl aller verkauft. Damit weitet die Reform die durch das oben beschriebene *collegato di lavoro* erfolgte Beschneidung des Klagerechtes sowie die Beschränkung von Entschädigungszahlungen auf eine weitere Gruppe von Beschäftigten aus. Praktisch relevant ist dabei, dass mit dem Wegfall des automatischen Wiedereinstellungsrechts auch das entscheidende Druckmittel in der Verhandlung um die Höhe der Entschädigungszahlungen entfällt.

Das Gesamtbild der verallgemeinerten Prekarisierungs-Strategie, die mit der Reform vorangetrieben wird, bestätigt sich, wenn auch ihre anderen Aspekte berücksichtigt werden, und zwar vor allem die weitere Deregulierung befristeter Verträge. Mit der Reform entfällt für das erste Jahr befristeter Beschäftigung jegliche Begründungspflicht seitens des Arbeitgebers, während dies bis jetzt nur in bestimmten, gesetzlich festgeschriebenen, wenn auch weit interpretierbaren Fällen möglich war. Auch dies hat Auswirkungen auf

ma del Lavoro: sì del Senato, ecco le novità, [<http://www.pmi.it/economia/lavoro/news/56078/riforma-del-lavoro-si-del-senato-ecco-le-novita.html>].

mögliche Arbeitsrechtsklagen. Die Klage auf Festanstellung wegen ungerechtfertigter Befristung wird nun praktisch unmöglich.⁴⁸ Auch die groß angekündigte Beschäftigungsförderung für junge Arbeitnehmer_innen stellt insofern einen weiteren Mechanismus der Flexibilisierung und Lohnkürzung dar, als es sich bei Auszubildenden um unterbezahlte und befristete Beschäftigte handelt. Das zugelassene Verhältnis von Auszubildenden zu Festangestellten wird je Betrieb von 1:1 auf 3:2 erhöht.

Eine weitere Ebene der Flexibilisierung und Prekarisierung schließlich betrifft den Gebrauch von sogenannten Vouchern⁴⁹ als Zahlungsmittel für Arbeitsleistungen. Diese ersetzen Arbeitsverträge und darin festgeschriebene Löhne. Dem Arbeitgeber wird so eine willkürliche, absolute Entscheidungsmacht über die Bewertung und Bezahlung der Arbeitsleistung gegeben, denn die pro Voucher zu erbringende Arbeitszeit und damit der Stundenlohn sind nirgends geregelt. Kollektivverträge werden wirkungslos, die Atomisierung der Beschäftigten in völlig individualisierten Verhandlungen verstärkt sich. Es handelt sich also um eine komplette Deregulierung der Bemessung und Bezahlung von Arbeitsleistungen.

Weitab von jeglicher Medienaufmerksamkeit wird das Einsatzgebiet dieser Voucher mit der Reform entscheidend erweitert. Bisher war dies nur für bestimmte Beschäftigtengruppen und für besondere, zusätzliche und zeitlich begrenzte Dienste sowie für Kleinstunternehmen in der Landwirtschaft erlaubt. Jetzt allerdings können Voucher auch von kommerziellen Landwirtschaftsunternehmen und Unternehmensdienstleistern verwendet werden. Auch wenn es

⁴⁸ Derartige Klagen waren bis jetzt ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Prekarisierung, mit dem von Arbeitnehmer_innenseite in den letzten Jahren nicht unbedeutende Erfolge erzielt wurden. Im Gegenzug zu dieser weiteren Liberalisierung erhöhen sich zwar die Sozialabgaben und damit die Kosten für befristete Beschäftigung. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass diese auf die Arbeitnehmer_innen abgewälzt werden. Ausgenommen sind ohnehin Saisonarbeit, Auszubildende und öffentliche Beschäftigte.

⁴⁹ Die Voucher werden von staatlichen Stellen ausgegeben, von denen die Arbeitgeber sie, ohne dafür Steuern zahlen zu müssen, kaufen und dann an die Arbeitenden ausgeben können, die sie wiederum über die entsprechenden zugelassenen Stel-

sich damit immer noch um einen beschränkten Kreis von betroffenen Arbeitnehmer_innen handelt, bedeutet dies einen weiteren Schritt in Richtung der Aufweichung des Beschäftigungsverhältnisses als einer (kollektiv)vertraglich regulierten und geschützten Beziehung.

Im Kontrast zu diesem doppelten Prekarisierungs-Programm (erhöhte Flexibilität sowohl bei der Einstellung als auch bei der Entlassung) entpuppt sich die im Gegenzug versprochene Sozialversicherungsreform weitgehend als Mogelpackung. Nicht nur, dass die Reform des Arbeitslosengeldes wie beschrieben mit einer weitgehenden Einschränkung der Kurzarbeit und damit einer faktischen Reduktion des Leistungsbezugs einhergeht. Es werden vor allem auch scheinselfständig und über Projektverträge Beschäftigte weiterhin vom Bezug des Arbeitslosengeldes ausgenommen. Während die zu leistenden Sozialabgaben für Beschäftigte mit Projektverträgen in den nächsten Jahren schrittweise auf 33 Prozent erhöht werden, wird das neu eingeführte „Mini-Arbeitslosengeld“ mit niedrigeren Zugangsanforderungen – ein Bezug ist auch bei weniger als zwölf Monaten Beitragszahlungen in den letzten zwei Jahren möglich – nur für abhängig Beschäftigte zur Verfügung stehen. Projektvertragler_innen erhalten im Falle von Arbeitslosigkeit auch weiterhin nur eine pauschale Einmalzahlung.⁵⁰

len in Geld umtauschen können. Ihr Empfang ist für jede/n Arbeitende_n auf einen Wert von 2.000 Euro jährlich pro Arbeitgeber begrenzt. Die Arbeitstage für mehrere Voucher und Arbeitgeber sind aber nicht kumulierbar, weshalb kein Zugang zu den Sozialversicherungen mehr erworben werden kann, für die die Arbeitenden allerdings trotzdem (ähnlich wie bei Projektverträgen) 25 Prozent an Abgaben zahlen müssen. Über den Einsatz von Vouchern kann außerdem der Kündigungsschutz für alle Beschäftigten eines Unternehmens vollständig ausgehebelt werden, da so nie die Mindestzahl von 15 beziehungsweise (in der Landwirtschaft) fünf vertraglich Angestellten überschritten zu werden braucht. Siehe hierzu Gianni Giovanelli, *La codificazione della condizione precaria nella riforma Foriero*, [<http://uninomade.org/la-codificazione-della-condizione-precaria/>].

⁵⁰ Auf den ersten Blick positiv ist die jetzt eingeführte Vorschrift von Mindestlöhnen für Projektverträge, die sich zukünftig an tariflichen Zahlungen für abhängig Beschäftigte orientieren sollen. Allerdings ist völlig unklar, wie dies in der Praxis um- und durchgesetzt werden soll, weil Projektverträge nicht über Stundenlöhne, sondern eben auf Projektbasis und damit auf Grundlage völlig individualisierter Ver-

Die Situation der Gegenbewegungen

Trotz dieses fortgesetzten Frontalangriffs haben sich die Sozialproteste kaum verstärkt. Statt um eine Stille vor dem Sturm, wie im Titel dieses Artikels im April erhofft, scheint es sich wohl doch eher um Friedhofsruhe auch mitten im Getöse zu handeln. Zwar ist bei den Kommunalwahlen im Mai eine große Unzufriedenheit der Menschen mit den Spar- und Reformprogrammen der Regierung Monti und der sie unterstützenden Parteien zum Ausdruck gekommen,⁵¹ aber jenseits der Wahlurnen stagnieren die Sozialproteste noch immer. Stattdessen wird in den Medien über die Zunahme von krisenbedingten Selbstmorden, besonders von Kleinstunternehmern, diskutiert.

Auf Seiten der Gewerkschaften übt die CGIL zwar weiterhin Kritik an der Arbeitsmarktreform, aber dies scheint eher zur Inszenierung von (Schein-)Verhandlungen und Repräsentanz zu gehören als eine ernstgemeinte Kampfansage zu sein. Jedenfalls wurde die Drohung eines Generalstreiks nicht nur nicht umgesetzt, sondern auch für Wochen aus der Debatte genommen.⁵² Nur in Bezug auf das Problem der „*esodati*“, einer wahrscheinlich mehr als 300.000 Frührentner_innen der nächsten Jahre umfassenden Gruppe, die bereits Arbeitsaustrittsverträge mit ihren Arbeitgebern unterzeichnet haben, aber mit der Abschaffung der Frühverrentungsoption und der gleichzeitigen Erhöhung des Renteneintrittsalters plötzlich ohne Arbeit und ohne Rentenzahlungen dastehen, wird diese Option aktuell wieder ins Spiel gebracht. Die Priorität, die diesem für

handlungen vergütet werden. Außerdem wird für eine bestimmte Form von Kleinstunternehmen („*partite IVA*“) ein Klagerecht gegen deren Missbrauch als scheinselfständige Beschäftigung geschaffen. Dieses gilt allerdings nur unter bestimmten Bedingungen und ist auf Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von weniger als 18.000 Euro beschränkt.

⁵¹ Die eindeutigen Verlierer der Wahlen waren Berlusconis PDL und, wegen eines unmittelbar zuvor bekannt gewordenen Veruntreuungsskandals, die Lega Nord. Aber auch die PD („Demokratische Partei“, Mitte-links) konnte größere Verluste nur über einen Rückgriff auf teils pro Forma gegründete parteilose „Bürgerlisten“ vermeiden. Große Stimmengewinne dagegen gab es für die sozialliberale IDV („Ita-

die Regierung der „technischen Experten“ äußerst peinlichen Konflikt von Seiten aller drei gewerkschaftlichen Dachverbände eingeräumt wird, zeigt, dass diese den Fokus ihrer Kritik nach wie vor an den Interessen ihrer traditionellen Klientel, also der noch Festangestellten, ausrichten.

Die Protest- und Organisationsversuche des *Comitato no debito*, der Basisgewerkschaften, der FIOM und der linken Parteien gehen zwar weiter, aber sie scheinen weitgehend im Sande zu verlaufen. Ein Problem ist, dass auch diese Akteure es kaum schaffen, über ihre traditionelle Klientel und entsprechende Ausdrucksformen hinauszugehen. Die *no-debito*-Demonstration am 31. März in Mailand mit immerhin etwa 25.000 Teilnehmer_innen hat dies in ihrer Zusammensetzung und Optik deutlich zum Ausdruck gebracht, unter anderem mit einem klar nach Partei-, Basisgewerkschafts- oder Sozialzentrumszugehörigkeit gegliederten und von entsprechenden Partei- und Gewerkschaftsfahnen dominierten Demonstrationenzug.

Auf Ebene der Arbeitskämpfe dagegen gibt es immer noch Unruhe. Wiederum waren es in den letzten drei Monaten unter anderem Landarbeiter_innen, die Ende April und Anfang Mai gegen die Arbeitsmarktreform und besonders gegen das Voucher-System gestreikt und demonstriert haben, diesmal allerdings, wie erwähnt, ohne große Berücksichtigung in den Medien. Neben derartiger medialer Marginalisierung zeigt ein anderer aktueller Konflikt, wie schnell sich auch bei betrieblichen Auseinandersetzungen das staatliche Repressionsniveau erhöht, sobald die Protestformen anfangen, der Arbeitgeberseite weh zu tun. Im Warenlager der Firma *Il Gigante* in Basiano (Brianza), das von der Zeitarbeitsfirma Alma mit Arbeitskräften versorgt wurde, haben die Beschäftigten auf ihre

lien der Werte“, ehemals Teil der Mitte-Links-Koalition der letzten Regierung Prodi) und vor allem für die noch junge „Bewegung 5 Sterne“ um Beppe Grillo, die sich unter anderem auf basisdemokratische Werte beruft und im letzten Jahr sowohl die Bürgerentscheide gegen Atomkraft und gegen die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung als auch die No-TAV-Bewegung unterstützt hat.

⁵² Siehe Gianni Giovannelli, *La riforma Fornero* (wie Anm. 49).

Entlassung Mitte Juni mit einer Blockade des Werktores reagiert. Als die Polizei mit Gewalt die Durchfahrt für die von einer anderen Zeit-
arbeitsfirma angestellten, neuen und billigeren Beschäftigten durch-
setzen wollte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit 30
Verletzten.⁵³ In beiden Fällen, sowohl beim Landarbeiter_innen-
streik als auch im Warenlager von *Il Gigante* waren wieder migran-
tische Arbeiter_innen entscheidende Triebkräfte des Protestes.⁵⁴

Ein anderes Beispiel für jüngste Arbeitskämpfe ist der Bereich
der sozialen Arbeit. In mehreren Städten (Neapel, Bologna, Mon-
za, Turin) haben über Kooperativen angestellte Beschäftigte öffent-
licher Sozialeinrichtungen angefangen, sich zu organisieren und öf-
fentlich gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen, die
durch die Sozialkürzungen der letzten Monate hervorgerufen wer-
den, zu protestieren; vereinzelt ist es auch zu Streiks gekommen.⁵⁵
Auch wenn bis jetzt kaum konkrete Erfolge erstritten werden
konnten, ist dies doch ein Beispiel für Versuche, über einzelne Ar-
beitsorte hinaus Verknüpfungen herzustellen und kollektive Ge-
genwehr gegen die zunehmende Fragmentierung und Vereinzelung
zu organisieren. Auch an diesem Beispiel wird allerdings sehr deutlich,
dass eine (Wieder-)Aneignung gesellschaftlich wirksamer Streikmacht
ein langsamer und komplizierter Prozess ist, der nur in kleinen
Schritten, über die Vervielfältigung und Verknüpfung solcher Basis-
organisierungserfahrungen, ins Rollen gebracht werden kann.

⁵³ Siehe Luca Fazio, *Licenziati e bastonati*, *Il Manifesto*, 12. Juni 2012, S. 2.

⁵⁴ Was die oben erwähnten Auseinandersetzungen um die Nachtzüge bei Trenita-
lia angeht, so sind zwar mittlerweile vier Nachtzuglinien wieder eingeführt worden,
allerdings ohne dass dies zu einer Wiedereinstellung der betroffenen Beschäftigten
geführt hätte.

⁵⁵ Für die Turiner Vernetzung siehe [<http://nondormienti.blogspot.it/>].